

Bericht der SP-Fraktion per 30. April 2009

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (EG FamZG).

Zur zweiten Lesung beim Einführungsgesetz zu den Bundesregelungen bezüglich der Familienzulagen sind zwei Anträge eingegangen: gemäss den Vorschlägen von Felix Häcki sollen neue, tiefere Familienzulagen für Anspruchsberechtigte, die im Ausland leben, eingeführt werden. Die Fraktion ist der Meinung, dass dieser Antrag abgelehnt werden soll. Es scheint nicht notwendig, einen Normalansatz und einen tieferen Ansatz einzuführen. Lieber befürworten wir die einheitlichen Zulagen.

Beim Antrag Hotz sind wir ebenfalls der Meinung, dass die bisherige Regelung griffig ist und kein kann-Artikel eingeführt werden muss. Insofern lehnen wir die vorliegenden Anträge ab und stützen den Antrag der Regierung.

Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Umweltschutz.

Die Vorlage ist unumstritten, da das „Giftgesetz“ eine Anpassung an die Änderungen auf Ebene des Bundes darstellen. Neu soll die Kontrolle auf die Ebene der Betriebe gelegt werden – also weg von den EinzelverbraucherInnen hin zu den Einzelbetrieben.

Kantonsratsbeschluss betreffend Genehmigung des Generellen Projektes „Tangente Zug/Baar“.

Es ist erstaunlich, mit wieviel Effort die geplante Tangente Zug-Baar vorangetrieben wird. Die KritikerInnen haben sich schon lange formiert; die SP ist im Komitee Grüne Lunge massgeblich involviert. Die Fraktion ist für Nicht-Eintreten ins Geschäft – wohl ohne Chance, aber aus grundsätzlichen Überlegungen sehen wir keine Notwendigkeit, das Geschäft zu beraten: Ein Projekt, das 200 Millionen verschlingt, erachten wir als ungeheuerlich, gemessen am Kosten-Nutzen-Verhältnis. Der grössere Lebensraum, eine letzte „grüne Lunge“ bei uns im Kanton, wird damit dem Strassenverkehr geopfert, ohne wesentliche Gewinne. Die Zentren werden nicht in dem Mass entlastet, wie einem weis gemacht wird. Zudem ist der zusätzliche Strassenbau nicht jene Massnahme, die man sich zur Reduktion des CO₂-Ausstosses wünschen würde.

Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Zug zum Verein Metropolitanraum Zürich und zur Stiftung Greater Zurich Area

Die Stärkung der Zusammenarbeit und eine überregionale Orientierung erachtet die Fraktion als sinnvoll. Gleichzeitig sollte das Bewusstsein da sein, dass der Fokus auf die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing auch seine Grenzen hat. Wir werden kritisch im Auge behalten, wie sich die Investitionen für den gesamten Lebensraum Zug auswirken.

Änderung des Kantonsratsbeschlusses betreffend Bewilligung von Personalstellen in den Jahren 2009 - 2011 (Statistik)

Endlich! Die Fraktion ist erfreut, dass nach zahlreichen Vorstössen und Nachfragen eine Amt für Statistik im Kanton Zug geschaffen werden soll. Da die Stelle – leider noch befristet - indes explizit Koordinationsaufgaben über die verschiedenen Direktionen hinweg wahrnimmt, ist uns nicht einsichtig, warum sie in der Baudirektion angegliedert werden soll. Wir begrüßten es, wenn es eine Stabsstelle bei der Staatskanzlei wäre und wenn sie unbefristet laufen würde.

Motion der SVP-Fraktion betreffend die Einführung von Sozialinspektoren.

Missbräuche bestehen. Sie existieren aber nicht in dem Masse, wie von einigen AkteurInnen propagiert werden. Auch die Gemeinden, in deren Kompetenz die Aufgabe liegt, haben das grösste Interesse daran, allfällige Missbräuche aufzudecken. Über 90 Prozent der Fälle werden durch Sozialarbeitende direkt aufgespürt: das spricht dafür, dass in der Mehrzahl der Fälle das Controlling funktioniert. Insofern muss man sich die Frage stellen, welchen Nutzen die Schaffung einer eigenen Stelle bringt. Die SP spricht sich dafür aus, grundsätzlich die Stellen in den Sozialdiensten der Gemeinden zu stärken und keine zusätzliche Stellen zu sprechen, deren Nutzen kritisch zu sehen ist, wie viele Erfahrungen aufzeigen.

Motion von Bettina Egler, Christina Bürgi Dellsperger, Hubert Schuler und Eusebius Spescha betreffend Einführung des Vorkindergartens im Kanton Zug.

Einmal mehr debattieren wir über die frühe Bildung. Es herrscht Einsicht, dass die ganzheitliche, frühe Förderung von allen notwendig und sinnvoll ist. Wenn es hingegen darum geht, konkrete Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, happert es. Die SP will gerade auch im Kontext von anderen gesetzlich zu schaffenden Grundlagen – Motion zur Schaffung eines Integrationsgesetzes und zur Sprachverpflichtung – die Motion für erheblich erklären. Um die gesamte Zielgruppe effektiv erreichen zu können, sind weiterführende Massnahmen zentral.

Postulat von Fredy Abächerli, Monika Barmet, Franz Hürlimann und Karl Nussbaumer betreffend Intervention bei den Bundesbehörden zur sofortigen Aufhebung des Impfwanges gegen die Blaulungenkrankheit.

Die Fraktion unterstützt grossmehrheitlich den Impfwang. Ausgehend von verschiedenen wissenschaftlichen Grundlagen meinen wir, dass die Wirkung durch die Verbindlichkeit erhöht werden kann. Die Impfkampagne ist zudem mittlerweile abgeschlossen, und eine Intervention beim Bund nützt nichts mehr.